

# Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt  
Gesamr. Nr. 22.

Das Rieser Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Witten.

Postkonto: Dresden 1333  
Circulare Riesa Nr. 52.

Nr. 39.

Freitag, 15. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 50 Pf., einschließlich Fragerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Dohne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Abhängen wird nicht übernommen. (Preisnachlass für demüthigter Rabatt ertheilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Arzukunft gerät. Zahlung- und Erfüllungsort: Riesa. Postfach 59. Zustellung: sechs Monate, d. h. bis zum 1. März 1924. Die Redakteur- und Verlagsstelle: Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Aufhebung des Ausnahmezustandes am 1. März.

Briefwechsel zwischen General v. Seekt und dem Reichspräsidenten.

II. Berlin. Der Chef der Obersten Kriegsverwaltung, General v. Seekt, hat gestern an den Herrn Reichspräsidenten folgenden Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Sie haben mir durch Ihre Verordnung vom 8. November 1923 außerordentliche Vollmachten übertragen. Ich glaube, daß die Aufgabe, die mir damit zufiel, im allgemeinen erfüllt ist; die Staatsautorität ist so gestärkt, daß die unter dem Ausnahmezustand eingeleitete Sanierung unseres Staats- und Wirtschaftslebens auch ohne ihn weitergeführt werden kann. Ich schlage daher vor, die Verordnung vom 29. 9. und vom 8. 11. 23 zu Anfang März aufzuheben. Falls Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, diese meine Aufassung teilen, bitte ich, sie der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Mit dem Ausdruck meiner ausgesetzten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein  
Ihr sehr ergebener  
Gen. v. Seekt.

Der Herr Reichspräsident hat hierauf heute folgenden Bescheid erlassen:

Sehr geehrter Herr General!

Auf Ihr geehrtes Schreiben erwidere ich Ihnen ergebenst, daß ich Ihrer Auffassung über die Lage durchaus beitrete und demnach in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler beschlossene, die Verordnungen über den Ausnahmezustand zum 1. März aufzuheben.

Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen, sehr geehrter Herr General, namens des Reiches aufrichtigen Dank zu sagen für die großen Dienste, die Sie in den letzten Monaten unserem Vaterlande geleistet haben. Als im vergangenen Herbst die durch äußere Bedrückung und innere Schwierigkeiten aller Art erzeugte Stimmung arbeitsloser Volkskreise das nationale Bewußtsein und die Existenz des Reiches ernstlich bedrohte, haben Sie in selbstloser Hingabe Ihre Person der schwersten und unheimlichsten Arbeit übernommen, Ruhe und Sicherheit im Lande wiederherzustellen und damit der Nation zu schaffen, auf dem die harten von ganzen Völkern ersehnten Maßnahmen anderer wirtschaftlicher und finanzieller Verhandlungen durchgeführt werden konnten. Es ist mir daher lebhaftes Bedauern, Ihnen selbst, Herr General, wie der Reichswehr für die Durchführung dieser schweren Aufgabe bei den höchsten Anteil anzuerkennen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Hochachtung bin ich  
Ihr sehr ergebener  
Gen. Uebert.

Im dem Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem General von Seekt erzählt unser Berliner Vertreter aus parlamentarischen Kreisen: Die Haltung des Generals von Seekt hat einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes erfolgte nunmehr bedingungslos und ohne die vorher angestrebte Verständigung mit Bayern. Die sich daraus ergebende Lage ist die, daß vom 1. März ab der militärische Ausnahmezustand für das Reich aufgehört hat, zu existieren, während die bayerische Regierung ihrerseits den für Bayern verhängten Ausnahmezustand noch nicht rückgängig gemacht hat. Man nimmt jedoch an, daß die bayerische Regierung sich unter dem Eindruck der Reichsregierung veranlaßt sehen wird, auch ihrerseits den Ausnahmezustand aufzuheben. Damit wäre der verfassungsmäßige Zustand in vollem Umfange wieder hergestellt. Die Reichsregierung wird mit den beteiligten Stellen in eine sofortige Prüfung des Verbotes der deutschnationalen, nationalsozialistischen und kommunistischen Parteien eintreten. Es besteht die Absicht, in kurzer Zeit auch diese Verbote rückgängig zu machen, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß diese Parteien nicht beabsichtigen, die verfassungsmäßigen Zustände gewaltsam zu ändern.

## Die 3. Steuernotverordnung. 15prozentige Hypothekenauswertung.

II. Berlin. Nach der gestern im Reichs-Ges.-Bl. veröffentlichten 3. Steuernotverordnung ist die Aufwertung auf Vermögensanlagen, insbesondere Hypotheken, Realitäten, hypothekarisch gesicherte Forderungen, Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Sparbauseinsparungen und Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen, beschränkt. Langfristige nicht verbriefte Darlehen sind in die Verordnung nicht aufgenommen. Grundsätzlich wird auf 15 Prozent des Goldbetrages der Vermögensanlage aufgewertet. Die aufgewertete Hypothek behält den Rang der Papiermarkhypothek. Der Aufwertung unterliegen alle Vermögensanlagen, die durch den Währungsverfall entwertet worden sind, es sei denn, daß sie 15 Prozent ihres Wertes behalten haben. Bis 1923 begründete Ansprüche sind also nicht von der Aufwertung ausgeschlossen. Tagesan sind allgemein alle Ansprüche nicht mehr anwertbar, die bereits durch vorbestimmte Ausnahme des Gegenwertes erloschen sind. Ansprüche, die vor dem 1. Januar 1918 erworben sind, gelten als in Goldmark erworben; ihr Nennwert wird der Aufwertung zu Grunde gelegt. Später erworbene Ansprüche werden über den Dollarkurs in Goldmark umgerechnet. Der Schuldner kann Herabsetzung des Aufwertungsbetrages verlangen, wenn es mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche

Lage zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabwendbar erscheint.

Die Fälligkeit der aufgewerteten Ansprüche ist auf den 1. Januar 1932 hinausgeschoben. Bereits i. J. 1925 sollen 2 Prozent Zinsen gezahlt werden. Frühere Kapitalrückzahlung und höhere Verzinsung können vereinbart werden.

Eine allgemeine Klausel regelt die Kulturierung der nicht besonders in der Verordnung genannten Vermögensanlagen. Auch hier ist die Aufwertung auf 15 Prozent bestimmt. Streit über die Aufwertung wird in einem vereinfachten Verfahren durch Aufwertungsstellen entschieden. Für Reich und Länder bleibt es bei dem Votatorium bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen; nur die Kredite, die nicht länger als zwei Jahre laufen, sind vom Votatorium ausgenommen. Der Anleihegläubiger braucht aber den Papiermarkbetrag bis auf weiteres nicht als Schuldverpflichtung anzunehmen. Für Gemeinden und Gemeindeforderungen gilt grundsätzlich das Gleiche, jedoch kann die oberste Landesbehörde beim Vorliegen besonderer Verhältnisse abweichende Regelungen treffen. Neue Anleihen können den Vorrang vor den alten erhalten.

Hinsichtlich der Inflationsteuer zu Gunsten des Reiches wird bestimmt: Die Obligationsteuer ist geblieben; doch wird eine Steuer von 2 Prozent vom Goldmarkbetrage der Schuldverschreibung unter Abzug des Aufwertungsbetrages, d. h. vom Inflationsgewinn, erhoben. Hat eine Gesellschaft ihre Schuldverschreibungen bereits früher

mit einem geringeren Goldmarkbetrage als 15 Prozent angesetzt, so wird der Unterschied bis zur Höhe von 15 Prozent zusätzlich als Steuer erhoben. 2 Prozent der Steuer ist am 1. März 1924, die Zusatzsteuer in Halbjahresraten zu entrichten. Die Bestimmungen, die die Inflationsgewinne bei Inanspruchnahme von Krediten betreffen, sind in die endgültige Verordnung aufgenommen worden.

Das Kernstück der Inflationsteuer, in dem diese mit dem Finanzansatz auf enge zusammenhängt, ist die Steuer von bebauten Grundstücken geblieben. Sie ist begrenzt auf die Zeit bis zum 31. März 1926 oder bis zu einer früheren Aufhebung der gesetzlichen Vorschriften. Die Steuer fällt den Ländern zu, um den Haushalt der Länder über die Zeit des Ueberaus binwegzubringen und auf diese Weise die Währung zu gewährleisten. Daneben ist den Ländern noch die Besteuerung des Inflationsgewinns bei bebaute Grundbesitz zugewiesen worden. Die Steuer wird in Höhe von 2 Prozent des Inflationsgewinns, der sich aus der Entwertung der damaligen Laiten ergeben hat, erhoben; dazu tritt ein Zuschlag, inwieweit eine spätere Rückzahlung ihrem Goldwerte nach hinter dem in der Verordnung vorgelebene Aufwertungsbetrage zurückbleibt. Die erste Rate der Steuer darf nicht vor dem 1. November 1925 fällig sein.

Die Landesregierungen sind ferner ermächtigt, die Inflationsergebnisse und Holzgewinne steuerlich zu erfassen. Für die Vermögensübertragung vom 31. Dezember 1923 sollen Forderungen und Schulden mit ihrem Papiermarkbetrage eingestuft werden.

Bei der Neuverteilung der Steueranteile ist es für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer dabei geblieben, daß den Ländern und Gemeinden in Zukunft 90 Prozent zugestelt werden. 20 Prozent der Umsatzsteuer sollen für das volle Rechnungsjahr 1924 den Ländern und Gemeinden zufallen. Die Gemeindevorsteher sollen im Veranlagungsverfahrens ausgenommen werden, mit beratender Stimme an den Ausschüssen teilzunehmen und die Einlegung von Rechtsmitteln beantragen dürfen. So wird die örtliche Enakunde der Gemeindevorsteher in erhöhtem Maße für die Besteuerung nutzbar gemacht werden können.

Im übrigen sind geistlich: Vereinfachung in der Steuerrechtsprechung durch Uebertragung gewisser Entscheidungen vornehmend rechtlichen Inhalts an die Finanzämter (ohne Aushebung der Ausschüsse), durch Beschränkung der Zahl der Ausschussmitglieder, durch Uebertragung der Verwaltungscheidung für gewisse Steuern auf den Vorständen des Finanzgerichts, durch Einführung eines Bagatellverfahrens bei Sachwertgegenständen bis zu 50 Goldmark, durch Aufhebung der Gebührenverdopplung der Verfahren, die aus Notwillen oder zur Vermeidung angerechnet werden, sowie durch angemessene Aufgestaltung des Kostenwesens. Die Vereinfachung des Steuerrechts bringt eine Vereinfachung der Steuerhinterziehungsstrafen und einheitliche Bestrafung aller Fälligkeitdelikte für Steuergeheim- und -marken auf dem Gebiete des Steuerrechts.

## Bechlüsse des Fünftehrerausschusses.

Der Fünftehrerausschuss des Reichstages erklärte sich mit einer Verordnung zur Änderung des Gesetzes für Mietrechts einverstanden. Danach soll den zur Räumung verurteilten Mietern, die in öffentlichen Gebäuden wohnen haben, bezüglich der beschleunigten Zuzweiflung eines entsprechenden Erlaßraumes derlei Vorteil gewährt werden, wie den übrigen Mietern.

Angenommen wurde ferner eine Verordnung, die die Wirkstände im Auswanderungswesen bekämpfen soll. Hierzu gab die Regierung interessante Mitteilungen über die rapide Steigerung der Auswanderungsziffer im Jahre 1923. Nach zuverlässiger Schätzung ist die Zahl 120 000, also das Vierfache der Zahl von Auswanderern im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege. Die Hauptbestimmungen der neuen Verordnung ist das Verbot aller gewerkschaftlichen Unternehmungen für die Erteilung von Auskunfts- oder Rat über die Aussichten der Auswanderung. Der Ausschuss beauftragte eine Erweiterung der Verordnung dahin, daß der Paragraph, der den Schutz allein auswandernder ausländischer Personen vor falschen Gefahren beweist, auch auf männliche Jugendliche unter 18 Jahren ausgedehnt ist. Weiterhin stimmte der Ausschuss einer Verordnung zu, wonach mit Rücksicht auf die letzte Finanzlage des Reiches die Zulassung eines Volksbegehrens von der Leistung einer Pfandsumme für die Kosten abhängig gemacht wird.

## Heute bestellen Sie

für den halben Februar 1924 das „Rieser Tagesblatt“ zum Preise von

nur 1.35 Mark

durch Zeitungsboten frei Haus. — Kunstbestellungen nehmen alle Zeitungsboten und zur Vermittlung an diese auch die Tagesblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59 (Hauptsprecher Nummer 20) jederzeit entgegen.

# Verlässliches und Sächliches.

Mies, den 15. Februar 1924.

**Das Moderne Theater, Dir. Arthur Ho, hat auch mit seiner Aufführung der Satirischen Operette „Ihre Sobelt — die Käseerin“ einen guten Erfolg gehabt. Die Direktoren hat sich deshalb entschlossen, dieses reizende Werk, dessen Gelegenheitsnummer zum allerersten Teil wiederholt werden mußten, Montag, den 18. Febr., nochmals zur Aufführung zu bringen. Die Besetzung der Rollen ist dieselbe wie am ersten Abend.**

**Verordnung über die Fürsorgepflicht. Durch die dritte Siemenotverordnung werden mit Wirkung vom 1. April 1924 Fürsorgeaufgaben, die bisher zu Lasten des Reiches durchgeführt worden sind, den Ländern unter gleichzeitiger Zuweisung von Steuernmitteln übertragen. Die heute erlassene Verordnung über die Fürsorgepflicht überträgt die Durchführung dieser Aufgaben — insbesondere diejenigen der Sozialkriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge sowie der Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner — Fürsorgeverbänden, die von den Ländern zu bilden sind. Die Rentenverwaltung für Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte und die Volkerversicherung bleiben nach wie vor Sache des Reiches, die Sozialversicherung Sache der Versicherungsträger. Die Verordnung wirkt mit Nachdruck darauf hin, daß die Beteiligten wie bisher bei der Durchführung der Fürsorge herangezogen werden. Um Schwierigkeiten in der Uebergehung zu vermeiden, gewährt das Reich den Ländern Zuschüsse und rückgenossliche Vorküsse. Bestimmungen, daß die Durchführung der Fürsorge gefährdet sei, sind daher unbegründet.**

**Umsichtsbildung für Zeitarten. Um die vielen Vorkommnisse durch mißbräuchliche Verwendung der Zeitarten und die dadurch verursachten finanziellen Schäden der Reichsbahn zu unterbinden, hat der Reichsverkehrsminister allgemeine die Einführung des Lichtbildabwengungsgesetz für alle Zeitarten zum 1. April dieses Jahres angeordnet. Diese Maßnahme liegt auch im Interesse der Reisenden selbst, da nur hierdurch die weitgehende Vergünstigung der Zeitarten aufrechterhalten werden kann. Als Entgelt für die Ueberlassung der Rahmen wird von den Zeitarteninhabern eine Pfandgebühr von 50 Pfennig erhoben werden, die bei Rückgabe des unverletzten, weiter verwendungsfähigen Rahmens zurückgezahlt wird.**

**Umstellung der sächsischen Grundsteuer auf Goldmark. Vom Finanzministerium wird und geschrieben: Dem Vermögen nach ist in den beteiligten Kreisen die Meinung verbreitet, durch das Gelingen der Umstellung der Grundsteuer auf Goldmark vom 22. Januar 1924 würden die Grundsteuerverhältnisse, die die Grundsteuerauslastung nach dem Stichtag vom 31. 12. 1921, als Grundlage der Grundsteuerbemessung für die Rechnungsjahre 1922 bis 1924 festgelegt haben, dem heutigen Goldwerte gleichgestellt. Diese Meinung ist irrig, wie bereits der Wortlaut des genannten Gesetzes und vor allem die ausführliche Begründung seines Entwurfes (Landtagsverträge Nr. 113/1923) ergeben. Dem Umstande, daß jene Werte nur sogenannte Papiermarkwerte sind, ist in dem genannten Gesetz durch die Wahl der Steuergröße die Rechnung getragen worden. Daraus ist auch die Befürchtung unbegründet, daß jene Werte der Eintragung von Spandhypotheken für das Reich und bei der Veranlagung von Vermögenssteuern als sogenannte Goldwerte zum Anlaß genommen werden könnten.**

**Geldfälschung sächsischer Goldschuldscheine. Von den Goldschuldscheinen des Reichsanstalts Serie 1, die bekanntlich in Stücken zu 500, 100, 200, 500 und 1000 Goldmark ausgefertigt sind, sind plumper Fälschungen, insbesondere durch Vorlesen einer Jiffer, aufgetaucht, jedoch bei Annahme solcher Stücke genau auf die Fälschung geachtet werden muß. Bei den Goldschuldscheinen der Serie 2 und den sächsischen Rentenmarktschuldscheinen, die ebenso wie die Goldschuldscheine der Serie 1 vom Reichsfinanzminister auf Grund des Gesetzes über die Ausgabe und Einlösung von Reichsgeld vom 17. Juli 1922 genehmigt worden sind und daher verbleibendes Reichsgeld darstellen, sind die Kennzeichen in Buchstaben ausgedrückt. Die Goldschuldscheine wie die Rentenmarktschuldscheine werden von sämtlichen staatlichen Kassen bei den an sie erfolgenden Zahlungen angenommen. Im gewöhnlichen Zahlungsverkehr wird der Einfachheit halber bis auf weiteres ein Aufgeld auch bei den Goldschuldscheinen der Serie 1 nicht gewährt, ungeachtet dessen, daß auf der Rückseite der Scheine zum Ausdruck gebracht ist, wie sich der innere Wert der Scheine monatlich bis zur Einlösung erhöht. Bei in Gold angeordneten Zahlungen werden die Goldschuldscheine der Serie 1 jedoch von den staatlichen Kassen auf Verlangen unter Berücksichtigung des aus den Bemerkungen auf der Rückseite sich ergebenden Aufgeldes als Zahlung angenommen. (Sgl. Bekanntmachung vom 20. Dezember 1923, Sächs. Staatszeitung Nr. 300.) Ein Anspruch auf Umtausch der Schuldscheine vor Fälligkeit besteht nicht.**

**Besserung des Arbeitsmarktes. Nach dem Arbeitsmarktbericht für die Zeit vom 8. bis 9. Februar 1924 handelt es sich bei der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, was insbesondere in einer regen Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise zum Ausdruck kam. Es war aber auch zu beobachten, daß bisher noch arbeitende Betriebe in größerem Maße wieder zur Vollarbeit übergingen und in letzter Zeit billige Betriebe, waren auch zunächst nur zur Kurzarbeit, ihre früheren Arbeitskräfte wieder einstellten, wodurch sich die Zahl der Erwerbslosen seit Mitte Januar dieses Jahres abermals um 20 482 und die der Kurzarbeiter um 38 812 Personen verringerte. Wie groß die Arbeitslosigkeit in Sachsen aber trotzdem noch ist, geht am besten daraus hervor, daß in der ersten Februarwoche noch immer 288 228 Vollerwerbslose und 102 742 Kurzarbeiter gezählt wurden. Verschiedene Umstände lassen jedoch darauf schließen, daß in nächster Zeit auch die Metallindustrie eine Besserung erfahren wird. Dies würde aber eine weitere wesentliche Entspannung auf dem Arbeitsmarktes bedeuten.**

**Das Rotgeld der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt ist vom Reichsfinanzministerium aufgerufen worden und wird nur noch bis zum 25. Februar 1924 bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt eingelöst.**

**Suggerierte Mainz-Düsseldorf über Köln. Die französisch-belgische Eisenbahnregie teilt mit, daß von heute ab die Schnell- und Personenzüge Mainz-Düsseldorf direkt über Köln gehen.**

**Arzt beantragt das Disziplinarverfahren gegen sich. In einem vom Bezirksrat Arzt im Dresdener sozialdemokratischen Organ veröffentlichten Artikel „Die gegenrätlichen Kampfmittel“ sagt der Verfasser zum Schluß, daß er das Disziplinarverfahren gegen sich beantragt und das Ministerium gebeten habe, ihn bis zu dessen Ausgang von seinem Amte zu dispensieren.**

**Frau Regierungsrätin Krieger geht. Die in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Arzt vielgenannte Regierungsrätin im Ministerium des Innern, Frau Krieger, hat, wie der „Sächs. Zeitungsdienst“ meldet, ihrer vorgelegten Dienstbehörde gegenüber den Wunsch ausgesprochen, auf die Bitte derjenigen Beamten gesetzt zu werden, die für den Beamtenabbau in Frage kommen.**

**Das Verfahren gegen Seliger. Die Verurteilung im Verfahren gegen Seliger ist jetzt geschlossen worden. Da sie mit exakter Gründlichkeit durchgeführt war,**

den 17. kann die Ausarbeitung und die Einreichung der Anklageakten schon in den nächsten Tagen erwartet werden. Demgemäß ist, wenn nicht Zwischenfälle eintreten, mit der Hauptverhandlung für Mitte März zu rechnen.

**Widerruf der amtlichen Stellung. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet folgende Notiz: Das „Sächsische Volksblatt“ in Jwikau hat in seiner Nummer 33 in einer Notiz, daß der Journalist Winter aus der Staatskanzlei hinausgeworfen worden sei, weil die von ihm verbreiteten Notizen zu sehr „links“ geschrieben waren. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Der Redakteur Winter ist vielmehr deshalb entlassen worden, weil er seine amtliche Stellung mißbraucht hat, um unwahre Artikel gegen die Regierung zu verbreiten.**

**Politische Brunnenvergiftung. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet unter obiger Ueberschrift eine Notiz, in der es heißt: Es ist in letzter Zeit Uebung geworden, daß von Beamten amtliches Material, von dem sie nur in ihrer Eigenschaft als Beamte Kenntnis erhalten haben, zu bestimmten politischen Zwecken an die Öffentlichkeit gegeben wurde. Da die Veröffentlichungen meist nur einen Teil der amtlichen Vorgänge aus dem Zusammenhange gerissen geben können, werden mit ihnen falsche Nachrichten gewirkt, die zu politischen Brunnenvergiftungen führen müssen. Die Regierung wird in allen Fällen, wo die Schuldigen an solchen Vertrauensbrüchen festgestellt werden können, mit den schärfsten Mitteln gegen sie vorgehen. Denn sonst müßte in der Staatsverwaltung ein Zustand eintreten, der jegliches Vertrauen der Beamenschaft und der Regierung untereinander zerstören müßte.**

**Wiederaufnahme der Arbeit in Rauderode. Am 13. Februar ist der Betrieb bei dem staatlichen Steinbruch Rauderode zunächst mit einem Teil der Belegschaft wieder aufgenommen worden, die unter Tage die zwischen den Verbänden allgemein vereinbarte achttägige Schlicht verfehlt.**

**Aus der Tätigkeit der Handelskammer. In einem Bericht an das Wirtschaftsministerium wurde für die Beibehaltung des Einfuhrverbotes für ausländische Waren eingetreten. Weiter wurde dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber die Freilassung der Einfuhr von Graphit zu Vieherziehmägen und in Tafeln oder Blöden befohlen. — Bei dem Reichswirtschaftsministerium wurde Widerspruch gegen die ständige Erhöhung der Nebengebühren durch die Belastungsmächte erhoben. — Dem Reichspostministerium wurde berichtet, daß auch in Dresden eine Radiostunde errichtet werden möchte. Bei der Reichsbahndirektion Dresden wurde erneut für ein Posten des August 1927 in Würzen einmündeten. — Weiter wurde die Reichsbahndirektion Dresden um Herstellung eines Ausnahmearbeits für Cartonagen sowie für Papier- und Pappencartons angefragt. — Schließlich wurde die Reichsbahndirektion Dresden gebeten, auch Zerkoschlagen in den Ausnahmestellen für thüringische ufm. Waren aufzunehmen.**

**Totale Mondfinsternis. Am 20. Februar von 3 Uhr 18 Minuten nachmittags bis 6 Uhr 58 Minuten abends tritt eine totale Mondfinsternis in Erscheinung. deren Totalität von 4 Uhr 20 Minuten bis 5 Uhr 37 Minuten nachmittags dauert. Die Sichtbarkeit dieser Finsternis erstreckt sich über den nördlichen nördlichen Teil von Nordamerika, über Australien, Asien, Europa und den größten Teil Afrikas. In Deutschland geht der Mond allerdings nach der Mitte der Finsternis unter.**

**Lauterbach. Zum Belten der Konfirmandenliste wird die Liedertafel am kommenden Sonntag im Gasthof „Drei Wiesen“ den Schwanz „Die Logenbrüder“ zur Aufführung bringen.**

**Dresden. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer gestrigen Abend Sitzung mit zwei Anträgen betreffend den Fall „Sinkemann“ von deutschnationaler Seite wurde beantragt, das Tollereis Schauspiel endgültig vom Spielplan abzuleben und weitere Aufführungen, auch private Veranstaltungen, zu unterbinden. Die Kommunisten forderten dagegen den Rat auf, energisch gegen die Geze vorzugehen, die gegen Toller und sein Werk in den Schulen betrieben wird. Nach längerer Aussprache wurden die beiden Anträge abgelehnt. — Später kam es bei Beratung eines Antrages betreffend die Herabsetzung der Straßenbahnfahrpreise zu erregten Auftritten, in deren Verlauf der sozialdemokratische Vorsteher Fischer dem kommunistischen Redner Bruner das Wort entzog. Als Bruner trotzdem mit lauter Stimme weiter sprach, entstand ein allgemeiner Tumult, der sich trotz der Bemühungen des Vorsteher zu überredendem Värm liegte. Der Vorsteher bemühte sich vergebens Ruhe zu schaffen und erklärte kurz vor Mitternacht kurzer Hand die Sitzung für geschlossen.**

**Hippodrommalde. Am Sonnabend wurde der in später Abendstunden mit seinem Modellstücken zur Nachtarbeit fahrende Arbeiter R. aus Dittersdorf bei der Saltstelle Brudenmühle-Dittersdorf von einem aufwärts kommenden Unbekannten mit einem Stoße derart ins Gesicht geschlagen, daß der Stoß zerbrach und R. in einer Blutlache bewusstlos liegen blieb. Der Täter entflohen und konnte von dem hinteraus sitzenden Kollegen des R. nicht eingeholt werden. Er wurde aber nunmehr festgesetzt durch das am Tatort aufgefundenen Strohende. Dem Geschlagenen wurde das Nasenblut gründlich zerkratzt.**

**Schwandau. Eine Schwindlerin in Schwabensattel wurde am Mittwoch kurz vor ihrer Abfahrt auf dem hiesigen Bahnhof verhaftet. Sie arbeitete unter falschem adeligen Namen und gab an, Dresdener Polizeikommissarin zu sein, bettelte mitteilberregend in hiesigen Geschäften und betratte durch ihr Hörses Auftreten ihre Opfer in geschickter Weise. Die angebliche Schwindlerin stammt aus Freital und ist 24 Jahre alt.**

**Wausen. Am Dienstag nachmittag brach ein 7jähriger Knabe auf dem dünnen Eis der Spree ein. Er wurde von einem unbekannten Mann, der den Unfall von ferne beobachtet hatte, unter eigener Lebensgefahr gerettet. Der Lebensretter ging unerkannt seines Weges.**

**Waldenburg. Wie der Hypothekengläubigerschutzverband mitteilt, hat die Waldenburger Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Wapiermarktpapierelagen bei der städtischen Sparkasse entsprechend der Geldwertsetzung aufzulösen.**

**Rügelthal. In einer Dauerung des Stadtparlaments handelte es sich die Wiederwahl des sozialdemokratischen Bürgermeisters Dr. Zimmermann zur Veblaufassung. Dr. Zimmermann war ursprünglich Schuldirektor in Rügelthal. Im Mai vorigen Jahres war er, von der linken Wehrpartei gewählt, bedingungsweise befristet worden. In den Novembertagen vergangenen Jahres war er mit anderen Verurteilungen durch die Reichswehr verurteilt worden, wurde jedoch nach einiger Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Gründe für diesen Verurteilungen spielen eine große Rolle bei den jetzigen bürgerlichen Vertretern in Bezug auf seine Wiederwahl. Nachdem in gleicher Sitzung über diese Gründe Ausschluß gegeben war, wurde Dr. Zimmermann mit 14 gegen 5 Stimmen, die unbedingten waren, wiedergewählt. Von den 9 bürgerlichen Vertretern haben 4 für Dr. Zimmermann gestimmt, 5 für den Wahlgegner, Dr. Zimmermann ist also somit von der Wehrpartei der bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt.**

**Mühlberg. Der seit Wochen mit großen Beschwerden erkrankte Andruich des Wises der Ehe hat sich ganz gebessert und, da er in der Hauptsache nachts erkrankt, ist unmerklich für die Bewohner der hiesigen Umgebung vertrieben. Längere Zeit hat sich hier das merkwürdige Schauspiel, daß von der Kaiserdammtasse an abwärts über die**

große Straße hinaus der Strom eifersüchtig war, während aufwärts über die kleine Straße hinaus eine gelassene feste Bedeckung den Fluß bedeckte. An der großen Straße konnte mit dem Handloden überfahren werden und an der kleinen Straße ging man zu gleicher Zeit über das Eis zum jenseitigen Ufer.

## Kommunistische Gewalttaten in sächsischen Städten.

In einigen sächsischen Städten sind vorgekern im Zusammenhang mit den geplanten kommunistischen Unternehmungen Sprengstoffattentate verübt worden. So wurde am Mittwoch gegen Mitternacht in die Wohnung des Direktors Schmiebel von der Firma Reinkrom & Wils in Schwarzenberg eine Handgranate geworfen, durch die Schmiebel am Arm verletzt wurde. In Bautzen wurde ein Sprengkörper in die Villa des Fabrikanten Schmalz und in Coblenz-Grünthal in die Villa des Fabrikanten Gasse geworfen. In beiden Fällen ist zum Glück kein Schaden angerichtet worden. In Coblenz-Grünthal wurde am Nachmittage während einer Demonstration der Fabrikant Zwingerberg am Arm durch einen Stein schwer verletzt.

Der Feind hört auch. In der Nacht zum Mittwoch gegen 1.30 Uhr wurde gegen den Fabrikanten Reiter in ein Bombenanschlag verübt. Es war jedenfalls beabsichtigt, die Bombe in den Keller des Wohnhauses zu werfen. Das gelang indes nicht, da die Explosion bereits auf der Straße erfolgte, wo ein großes Loch gerissen wurde. Die Fenster an der Straßenseite wurden sämtlich zerschmettert, woraus man schließen kann, daß die Sprengladung außerordentlich stark war. Verletzen sind glücklicherweise nicht worden. Ueber die Täter ist noch nichts bekannt.

Döbeln. Der „Dob. Vik.“ berichtet: Eine kommunistische „Aktion“ in Form von Ermerbslosendemonstrationen war für den 18. Februar im ganzen deutschen Reich vorbereitet. In Döbeln ging es mittags gegen 12 Uhr vor sich. Es waren auch auswärtige zur Demonstration nach Döbeln dirigiert worden, die nach volbrachten Werke meist mit den 2 Uhr-Jugen wieder abfahren. Als Sammelplätze waren der Platz vor der Sonne und der Kornplatz anberufen. Dort wurden aber die sich Anammelnden von der Polizei zerstreut. Schließlich hatte sich doch ein Zug von etwa 100 Mann in der Bahnhofstraße gebildet und zog nach dem Obermarkt. Ein Teil löste sich, da die Polizei wieder entgegentrat, auf und ein Teil zog nach dem Bahnhof Ost. kam dann nochmals auf den Obermarkt, wo der Trupp wieder zerstreut wurde. Ein Trupp Demonstranten mußte an der Volk zwei Polizeikräfte der Reichswehr erkannt haben, sofort erhob sich das Fahnenlager: „Spiegel“ und im Nu entstand wieder eine große Ansammlung. Die Polizeikräfte wurden mit Knüppeln, Schützensäcken und Messern angegriffen, weshalb sie von der Schutztruppe Gebrauch machten. Hierbei muß einer der Demonstranten nach Angabe der Polizeikräfte einen Faustschlag erhalten haben. Unterdessen verbreitete sich das Gerücht, in der Bahnhofstraße sei ebenfalls ein Polizeikräfte angehalten worden. Alles strömte nun nach der Bahnhofstraße und unweit vom Theaterplatz bildete sich eine neue große Ansammlung. Der drohende Aufmarsch machte von seiner Schutztruppe Gebrauch. Als er acht Patronen verschossen hatte und ein neues Magazin einlegen wollte, wurde ihm die Wirtel entziffen, er wurde schwer mißhandelt und in den Haufen getreten, jedoch er bis zum Abend bewußtlos war. Zwei andere Polizeikräfte bemerkten den Vorgang, gingen mit Schüssen vor und drängten dadurch die Menge zurück, worauf es ihnen gelang, den bewußtlosen Mann zu befreien und nach der Kaserne zu geleiten. Durch die Wirtelschüsse wurden drei Personen verletzt, eine schwer, zwei leicht. Durch diese Vorgänge ist sich der Standortälteste veranlaßt, um 1 Uhr eine Kompanie Reichswehr einzuleiten, um die Ruhe herzustellen. Sie durchzog die Straßen, ohne eingreifen zu müssen. Um 1/2 2 Uhr rückten sie wieder in die Kaserne ein. Den Nachmittag über war in den Straßen wenig mehr Leben als sonst zu bemerken. Gegen Abend wurden wegen der Mißhandlungen der Polizeikräfte mehrere Verhaftungen vorgenommen, die Verhafteten wurden dem inzwischen wieder zum Bewußtsein gekommenen Aufklärer gegenübergestellt, ihre Täterhaft konnte aber noch nicht erwiesen werden. Daß die Leitung der Demonstration mit blutigen Zusammenstößen gerechnet hatte, ging daraus hervor, daß sofort Arbeiter-Samariter in Tätigkeit traten.

Wausen. Hier kam es am Mittwochnachtag zu Ermerbslosendemonstrationen. Der Polizei gelang es jedoch, die sich immer wieder erneut bildenden Juge meist halb-müßiger Burken unter Anwendung von Gummitrumpeln zu zerstreuen. Ähnliche Kundgebungen wurden auch in anderen Städten der Lausitz veranstaltet, aber nur in Spremberg-Neusalza machte sich die Verbeirung der Landespolizei erforderlich.

### Blutige Demonstration in Stettin.

Stettin. Am 13. Februar nachmittags 5 Uhr versammelten sich vor der Vulkan-Weit nach Arbeitsluß etwa 400 bis 500 junge Burken, die unter Anführung einer roten Fahne und unter Uffingen der Internationale in die Stadt zogen. Als der Demonstrationzug die Eiporette in der Vulkanstraße erreichte, gaben die Demonstranten auf die Polizei einige Schüsse ab, wobei ein Oberwachmeister verwundet wurde. Die Polizei erwiderte darauf sofort das Feuer. Die Menge stob nach allen Seiten auseinander. Ein etwa 40 Jahre alter unbekannter Mann wurde getötet und sieben junge Burken verwundet. Zu weiteren Zusammenstößen ist es nicht gekommen, jedoch Ruhe und Ordnung wieder hergestellt ist. Anselmungen, die im Laufe des Nachmittags in der Stadt stattfanden, konnten von der Polizei schnell wieder aufgelöst werden.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. Februar 1924.

### Die Kohlenförderung der Märzgesen.

Essen. Im Januar 1924 wurden nach einer Meldung der Deutschen Bergwerksaktiva von den Gesen des gesamten Ruhrbezirks mit Ausnahme der Regie-Gesen 8 157 483 Tonnen gefördert, von denen das besetzten Gebiets 5 455 040 Tonnen. Der täglichen Durchschnittsförderung von 899 748 Tonnen im Jahre 1923 steht eine solche von 277 483 Tonnen im Januar 1924 gegenüber. Die tägliche Fördererleistung veränderte sich im Laufe des Monats nur wenig.

### Monitore Testen in der Wals.

Rudwigschafen. Seit gestern vormittags weilt Monitore Testen in der Wals zu Informationszwecken. Sein erster Besuch galt dem Bischof von Speyer.

### Maßnahmen gegen den belgischen Frankentum.

Brüssel. Der „Monitor“ veröffentlicht einen Erlass, durch den eine besondere Kommission zur Untersuchung eines Reihe von Maßnahmen, die auf die Uebung des belgischen Franken abzielen, eingesetzt wird. Diese Kommission hebt unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Kammer und, der zugleich an der Spitze der Finanzkommission steht.

### Die Regis übernimmt die Ostfakt für die Eisenbahntransports.

Paris. Nach einer Meldung aus London hat die französisch-belgische Eisenbahnregie sich bereit erklärt, die Ostfakt für Eisenbahntransporte zu übernehmen. Die interalliierte Rheinlandskommission hat dabei beschlossen, eine gemischte juristische Kommission aus alliierten und belgischen Sachverständigen zusammenzusetzen. Diese Kommission soll für alle Streitfälle über Schabenerlassenerträge



**Modernes Theater**  
Direktion Arthur Korte.  
**Montag, 18. Febr., zum 2. Male**  
**Ihre Hoheit — die Tänzerin**  
Operette in 3 Akten von W. Göde.  
Einlauf  $\frac{1}{7}$  Uhr. Beginn  $\frac{1}{8}$  Uhr.  
**Hotel Göpfner.**

**Schützenhaus.**  
**Sonnabend 3. Stiftungsfest**  
von „Man an de Namber“.  
Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

**Café Wolf.**  
Heute und folgende Tage  
**Bockbier-Ausschank.**  
H. Bodwürfchen.  
Musikalische Unterhaltung.  
Für feuchtfröhliche Stimmung ist gesorgt.  
**Heute Nachtischfest.**  
Es laden dazu ein **Franz Wolf und Frau.**

**Hotel Kronprinz.**  
Von Sonnabend ab  
**Bockbier-Ausschank**  
aus der 1. Fabrik. Exportbrauerei.  
Schinken in Vrotte.  
H. Bodwürfchen.  
Es laden erachtet ein **Edmund Birke.**

**Sieberts Restaurant.**  
Freitag, Sonnabend und Sonntag  
**Bockbierfest**  
mit großartigster humoristischer Unterhaltung. Auftreten der anerkannt großen Stimmungsstänone Carl Otto, Dresden, mit Partnerin.  
H. Gallettschüssel 60 Pfg.  
Nieren-Bockwürstel 60 Pfg.  
Es laden dazu ein **Paul Siebert u. Frau.**

**„Admiral“ Bobersen.**  
Sonnabend und Sonntag  
**Bockbierfest**  
H. Bodwürfchen. Nettich gratis.  
Hierzu laden freundlich ein **Adolf Sählelein und Frau.**

**Reichshof Zeithain.**  
Sonntag, 17. Februar, von 5 Uhr an  
**große öffentl. Ballmusik.**  
Hierzu ladet freundlich ein **Osar Gäbler.**  
Saal aut abelst.

**Kasenschänke Jakobsthal, Bahnhof.**  
Sonnabend, den 16., und Sonntag, den 17. Februar  
**großes Bockbierfest.**  
Erstklassige Bier. H. Bodwürfchen.  
— Keine Bedienung.  
Dazu ladet freundlich ein **Wihl, Renzel.**

**Altoschatz Kühnes Konzert- und Ballhaus**  
Besitzer: Max Kühne  
Telefon Oschatz Nr. 224.  
Schönstes größtes Ball-Etablissement u. Familienlokal. — 5 Minuten von Oschatz. — Zuverbindung Leipzig-Dresden — Wügel-Steinhilber.  
Jeden Sonn- und Festtag  
**Feiner öffentlicher Ball**  
gespielt vom Stadtdirektor Oschatz. — Gleichzeitig empfehle meine schönen Fremdenzimmer. — Vereinszimmer von 10 Personen an, passend bei Ausflügen für Vereine und Gesellschaften.  
Jeden Sonntag der intime Tanzdielen-Betrieb.

**Zigaretten**  
von 1,6 Pfg. an.  
Fabrikation. Bettinerstr. 26.  
Größtten Vorrat.  
**Handwagen**  
solideste Bauart, in allen Größen, sowie Ersatzräder aller Art empfiehlt zu bedeutend ermäßigten Preisen  
H. Spengler  
Stellmachers- u. Bildhammstr. 6

**Freibant Seerhausen.**  
Sonnabend mittags 1 Uhr  
**frisches Rindfleisch**  
Blund 40 Pfg.

**Neu! Wäschepressen**  
Ersetzt Wringmaschine! Größte Schonung der Wäsche! Kräftige Bauart.  
Preis nur 12 Mark.  
Zu haben bei:  
**P. Taupitz, Büffcherei**  
Parkstrasse 26.

**Freibant Spiegelkarpfen**  
empfehle Stadt Zeithain.  
**Freibant Niesja.**  
1 Bentner Schweinefleisch.

**Die größte Auswahl, die billigsten Preise**  
finden Sie in sämtlichen  
**Herren- und Knabenbekleidungsstücken.**  
Ein ausgezeichnetes riesiges Lager in Herren-Anzügen in jeder Farbe, Größe, Stoff und Preiskategorie, von M. 38.— bis M. 85.— und höher  
Peruch- und Arbeitbekleidung in altbekannten guten Qualitäten in reichster Auswahl, blauer Schlofferanzug von M. 7.— an, gestreifte Hose von M. 5.— an.  
Außerdem habe ich große Reueingänge in **gesellschaftsanzügen, Sportbekleidung, Konfirmanden- und Knaben-Anzügen.**  
Rufen Sie jetzt die besten Preisvorteile aus und verlangen Sie sich mit einer preisgemerten Kleidung in **Niesjas größtem Spezialgeschäft für Herren- u. Knabenbekleidung Franz Heinze, Niesja, Hauptstr. 28**  
Fernruf 346.  
Geschäftszeit: Durchgehend von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

**Zuckerrübenanbau!**  
Die niedrigen Getreidepreise fordern abdrücklich den Anbau von Zuckerrüben, deren Preise weit über Friedenspreis kommen.  
Unter Beachtung der anderen großen Vorteile, die außerdem der Anbau von Rüben bietet, kann die Wahl nicht schwer sein. Für hiesigen Bedarf kann nur die **Zuckerfabrik Döbeln**  
in ihrer gütigen Lage für Abnahme von Anbaufrüchten in Frage kommen.  
Zusatz in beträchtlicher Menge steht bei Abschluss kostenfrei zur Verfügung.  
Wer Interesse hierfür hat, wolle sich an die unterzeichnete Fabrik wenden, die zu weiteren Nachrichten über unsere entgegenkommenden günstigen Bedingungen kostenlos jederzeit brieflich oder telefonisch (Amt Döbeln Nr. 38) bereit ist.  
**Zuckerfabrik Döbeln.**

**Siehe da preiswerte und gute Schürzen- Kleider- Blumen- Wäsche- Stoffe**  
Tricotine Leder und beige fertige Wäsche, Oberhemden Schürzen, eigene Infektion, Clubjacken Hermetischen, Jumper in Wolle u. Seide Vorgezeichnete Handarbeiten  
in großer Auswahl findet man bei  
**F. Gaertner, Gröba**  
Schulstraße 11, Fernruf 558.  
Vertretung für Wilke-Schulze.

**Café Promenade.**  
Heute, sowie morgen Sonnabend u. Sonntag  
**KONZERT**  
von ehem. Mitgliedern der Dittentkapelle.  
Auserwähltes Programm.

**Licht..Wasser heilt**  
akute u. chron. innere u. äußere Krankheiten schneller u. gründlicher als alle anderen Mittel u. Methoden.  
Spezialbehandlung:  
**Frauenkrankheiten.**  
Doktor Berndt, Naturheilkundiger, Großenhain  
Derrmannstr. 19, Fernruf 140. Sprechzeit  $\frac{1}{10}$  bis  $\frac{1}{11}$ , 11.1—11 Uhr. Besuche Kranke l. Hause. Einzelne Tage, ganze Wochenture. Anstalt eröffnet von 8—8 Uhr.

**Zannlatten, -Riegel, -Säulen**  
Stangen in allen Größen, Maße roh u. bearbeitet Treppenleitern, Wasserleitern  
zu herabgesetzten Preisen bei  
**Döllscher, am Schlachthof, Fernruf 532.**

**Abonnements auf sämtliche Mode- und Unterhaltungs-Zeitschriften für Niesja und Umgebung**  
nehme jederzeit entgegen und liefere durch Boten ins Haus. — Probehefte können auf Wunsch vorgelegt werden.  
Johannes Ziller, Buchhandlung, Niesja, Hauptstr. 70, Fernruf 378.

**Hotel Restaurant Goldner Stern**  
Reumarkt.  
Morgen Sonnabend  
**vornehme Kension.**  
Wihl Renzel.  
**Gasthof Baitnik.**  
Sonntag: Feiler Ball.  
**Gasthof Streumen.**  
Sonntag, den 17. Februar  
**Karpfenschmaus und Ball**  
(nur für Verbeiratselite).  
Es ladet erachtet ein **O. Sänfel.**  
**Gasthof Nagewitz.**  
Sonntag  
**Damenfränzchen.**  
**Alte Post, Stauchitz.**  
Sonntag, den 17. Februar  
**großes Konzert und Ball**  
von einer Damenkapelle ausgeführt. Anfang 7 Uhr.  
Es ladet erachtet ein **Alfred Thiede.**  
**Gasthof Mautitz.**  
Sonntag, den 17. Februar  
**öffentlicher Schießklub-Ball**  
mit Verlosung. Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.  
**Gasthof Boritz.**  
Sonnabend und Sonntag  
**Bockbierfest**  
Sonntag  
Ballmusik.  
Dazu laden freundlich ein **Emil Steudte und Frau.**  
17.2.1924, pünktlich  
3 Uhr Stiltungsfest m. T.

**Gartenbauverein.**  
Sonntag, d. 17. bis, Mts., nachm. 2 Uhr im kleinen Saale des „Hotel Stern“  
General-Verammlung mit Vortrag des Herrn Oberlehrer Heuber über Gärtenbau u. Vogelzucht. Um zahlreiche Erscheinungen erucht der Vorstand.

**Vereinsnachrichten**  
Niesjaer Quartverein, Teilnehmer nach Dresden  
Sonntag pünktlich  $\frac{1}{7}$  Uhr Bahndorf. Ankunft  $\frac{1}{10}$  Uhr abends.  
Verein Buchhändler u. Witten, Cröbar, Niesja.  
Montag, 18. Febr., nachm.  $\frac{1}{8}$  Uhr Verammlung im Rest. Wartburg, Reuwarda. Mel. Herr Schneider-Dresden. Neu-Bestellende willkommen.

**Zweigverein Niesja — Landbund.**  
Sonnabend, 16. Februar, nachm. 4.30 Uhr im Hotel Kronprinz  
**Verammlung.**  
Vortrag des Landtagsabgeordn. Nimmelsberg über „Zeitgemäße Fragen“.

**Robatt-Spar-Verein Niesja.**  
Die noch ausstehenden Marken werden hierdurch aufgerufen. Einlösung der Bücher erfolgt bis 1. April 1924 zum Nennwert durch die Vitalieder. Mit diesem Tage verlieren die alten Marken ihre Gültigkeit. Der Vorstand.

Auf vielseitigen Wunsch wird nächsten Sonntag, den 17. Februar, im Gasthof „Drei Viten“ **Wlanbig** vom Männergesangsverein „Vierertel“, Wlanbig, der sprühend humoristische dreistimmige Schwank

**Die Logenbrüder**  
Öffentlich angekündeten der Konfirmandenhilfe zum 2. Male aufgelöst. Verläumen Sie nicht, die strengsten Geheimnisse der Loge kennen zu lernen. Es ist hochinteressant. — Freundlichkeit ladet die Gemeindeglieder, Wöner der Umgebung und Vereine ein  
der Festausschuss.

**Leipziger Bierbrauerei zu Reudnig Ribed & Co., Aktiengesellschaft.**  
Ordentliche Generalversammlung  
Montag, den 10. März 1924, mittags 12 Uhr im Vorkessrestaurant zu Leipzig.  
Tagesordnung:  
1. Vorlegung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das mit dem 30. September 1923 abgelaufene 37. Geschäftsjahr und Berichterstattung des Vorstandes und Aufsichtsrates über die Bilanz und den Geschäftsbetrieb.  
2. Beschlusfassung über die Bilanz und über die Erteilung der Entlastung.  
3. Aufsichtsratswahl.  
Die Aktionäre, welche in der Generalversammlung stimmen oder Einträge zu derselben stellen wollen, haben ihre Aktien oder die von der Reichsbank oder einem deutschen Notar angefertigten Interrogationscheine, aus denen die Nummern der hinterlegten Aktien ersichtlich sind, spätestens bis zum 4. März 1924 bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Filiale Niesja** und der **Niesjaer Bank A.G. in Niesja** während der üblichen Geschäftsstunden zu hinterlegen. Leipzig, den 14. Februar 1924.  
Der Vorstand: **W. Reinhardt.**

**Tanz- und Anstands-Lehrkursus**  
**Gasthof Gohlis.**  
Auf vielseitigen Wunsch beginnt Dienstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr im Gasthof Gohlis obgenannter Tanzkursus. Anmeldungen bei Herrn Gasthof Gohlis in Vorkessirchen und bei Herrn Franz Hauer, Gohlis. Prospekte dableibt.  
Rob. Richter, Lehrer d. höh. Tanzkunst.

**Auktion!**  
Sonntag, den 17. Februar, nachm. 2 Uhr  
gelangen folgende Gegenstände im Grundbuch Gohlis Nr. 60 meistbietend zur Versteigerung:  
1 Nähmaschine, 1 Sofa, 2 Kleiderschränke, 1 Küchenstuhl, 1 Vertiko, 1 Ausziehtisch, 1 gew. Tisch, 1 Kommode, 2 Fahrräder, 4 Korbstühle, 3 Küchenstühle, 2 ar. Spiegel, 1 Wanduhr, 4 Bettstellen und Matratzen, 1 Korbband, 1 Wagen, 2 Winterbergelcher und verschiedene Wirtschaftsgüter.  
**Reichgraber, G.B.**

**Gelegenheits-Dichtungen**  
verfaßt  
**Martha Grundmann**  
Lommatzsch

Für die Anteilnahme beim Hinscheiden unserer lieben unvergesslichen  
**J i s e**  
sagen allen unsern  
**aufrichtigsten Dank.**  
Zeithain, 12. Febr. 1924.  
Die trauernde Familie Hofmann.

# Der Landtag zu den Eisenbahntariferhöhungen.

Dr. Dresden, 14. Februar 1924.

Für den Abg. Reithold-Zettan, der sein Mandat niedergelegt hat, ist Abg. Dr. Troll-Chemnitz in den Landtag eingetreten. Finanzminister Reithold (Dem.) hat sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die erste Beratung über den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Veränderung des Gesetzes über die

### Zusammenlegung von Grundstücken.

Abg. Dr. Süßmann (DVP) begründet den Antrag. Er ersucht um Vorlegung eines Gesetzes, wonach die §§ 2, 3 und 38 des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken und des Enteignungsgesetzes dahin abgeändert werden, daß 1. bei Durchführung von Eisenbahnen oder Kanälen durch ländliche Gauen der Antrag der Beteiligten auf Zusammenlegung auch von dem Unternehmer gestellt und daß diesem Antrage auch gegen den Willen von Grundstückeigentümern und ohne Vornahme einer Abstimmung gefügt werden kann; 2. daß als Zeitpunkt für die Feststellung der Entschädigung nicht der Zeitpunkt des Feststellungstermins oder der Eröffnung der Enteignungsverordnung, sondern entweder der Tag der Zahlung festgelegt wird, oder aber die Entschädigung, insbesondere für Abwehrschädigungen, die erst nach erfolgter Abnahme festgelegt werden, auf wertvollere Grundstücke zu berechnen ist.

Abg. Schreiber (Dn.) erklärt, seine Partei könne ohne vorherige eingehende Rücksprache dem Antrage nicht zustimmen. Das ganze Gesetz bedürfte einer Revision.

Abg. Schombor (Soz.): Seine Partei Stimme dem ersten Abtrage des Antrages zu. Eine Verteilung von Grundstücken beim Bau von Eisenbahnen und Kanälen dürfe nicht allein den Käufern zugute kommen, sondern der Allgemeinheit. Er ersuche die Regierung um Vorlegung eines Gesetzes, das das Bundesamt für Grundstückszusammenlegung entsprechend ausbaue.

Ministerialdirektor Dr. von Föbel erklärte, es liege bereits ein Referentenentwurf zur Umgestaltung des Gesetzes vor.

Der Antrag geht hierauf an den Rechtsausschuß. Weiter steht zur Beratung ein Antrag Dr. Schneiders und Genossen betr.

### Bewährung von Staatsmitteln an die Beratungsstellen für Geschlechtskranke.

Abg. Dr. Schneider (Dn.) weist auf die bedauerliche Tatsache hin, daß es den Beratungsstellen wegen Mangel an Mitteln nicht mehr möglich sei, ihre leistungsfähige Arbeit weiter zu leisten.

Abg. Büffel (Soz.) stimmt namens seiner Freunde dem Antrage zu. Die Beratungsstellen müßten zu Kontrollstationen ausgebaut und das Geldverhältnis gefördert werden.

Ministerialdirektor Freund kennzeichnet die Tätigkeit der Beratungsstellen. Das Jahr 1921 habe mit 24 700 die höchste Zahl der Meldungen und Beratungen gebracht. 1922 sei ein kleiner Rückgang zu verzeichnen, für 1923 lägen die Zahlen noch nicht vor, doch zeige sich neuerdings eine starke Zunahme der Beratungen. Tief bedauerlich sei die Zunahme der jugendlichen Geschlechtskranken. Der Staat lege monatlich entsprechende Bewilligungen. Die Regierung sei bereit, auch weiterhin regelmäßige Beiträge zu geben.

Abg. Dr. Kreischar (Dn.) erklärt die Zustimmung seiner politischen Freunde zu dem Antrage.

Abg. Schneiders (Komm.) macht für die Zunahme der Geschlechtskranken die wirtschaftliche Notlage verantwortlich.

Der Antrag wird an den Haushaltsausschuß A verwiesen. Sodann begründet Abg. Günther (Dem.) seinen Antrag auf

### Herabsetzung der Eisenbahntarife und Gütertarife.

Das Reich habe es an einer vernünftigen Tarifpolitik und der erforderlichen Einschränkung der Ausgaben fehlen lassen. Statt den Verkehr zu heben, erdroffte man ihn. Die letzte Gütertariferhöhung sei ganz unangenehm. Ganz unverständlich sei die beschlossene Erhöhung der Fahrpreise in der 1. und 2. Wagenklasse. Viel eher wäre am Platze ein durchgreifender Abbau in den höheren Preisen zu treffen. Die jetzigen Maßnahmen deuten nur darauf, die Reichsbahnen in Privatbesitz übergeben zu lassen. Mit der Herabsetzung der Gütertarife sei ein Anfang gemacht worden. Die nächste Regierung lege eine Erhöhung der Personentarife für die 1. Klasse absehend gegenüber.

Abg. Schifffmann (DVP) tritt ebenfalls für die Ermäßigung der Tarife ein und bemängelt die mangelhaften Zuverlässigkeiten. Frachtermäßigungen seien besonders erforderlich für Kohlen und andere Rohmaterialien. Die Tarifpolitik der Reichsbahn gefährde unsere Wirtschaft.

Abg. Cahn (Soz.) verurteilt eine Tarifpolitik, die die Kernkraft am meisten belaste und empfiehlt eine vernünftige Tarifpolitik.

Abg. Dr. Eichardt (Dn.): Die Höhe der Tarife sei teilweise berechtigt. Die Interessen der Exportindustrie müßten gewahrt werden. Die Leistungen der Eisenbahnen seien wenig befriedigend. Besonders schlecht seien die Zusammenhänge im Ertragslage.

Abg. Herz (Komm.) behauptet, es seien trotz der Erklärungen des Reichsverkehrsministers Kräfte am Werke, die deutschen Eisenbahnen dem Privatbesitz zu überantworten.

Ein Antrag der Abgeordneten Bauer und Genossen wegen Aufhebung einer Verordnung des Wirtschaftsausschusses über die Zahlung der Beiträge zur Deckung des Aufwands für

### Entschädigungen bei nicht gewerblichen Schließungen und bei Viehverlust durch Seuchen

in wertbeständigem Gelde geht nach kurzer Begründung durch Abg. Bauer (Dn.) und Rechtfertigung der minis-

trieren Verordnung durch Ministerialdirektor Dr. v. Föbel und Justizminister Brücker an den Rechtsausschuß.

Abg. Dr. Weigel begründet sodann einen Antrag auf Erlass eines Beschlusses, der eine Neuorganisation der Polizei, Vorschriften über Abgabe von Polizeibescheinigungen, einen verstärkten Fortschritt und eine Abänderung der Strafbestimmungen des Preuß. und Preuss. Gesetzbuchs vorschlägt. Redner verweist auf die Schädigung unserer Polizeiwirtschaft in den letzten Jahren.

Ein Regierungsvertreter erklärt unter widerlichen Anschuldigungen der Kommunisten, es sei dringend nötig, den Leib zu schützen. (Als Abg. Schreiber (Soz.) den kommunistischen Zwischenrufer Schneider fragt, ob er es in seiner Schutzhülle, daß die Kinder ihn in seinen Reden unterbrechen, antwortet Abg. Lieberich (Komm.): Sie Gieß, gehen Sie nur hinaus! Abg. Lieberich erhält dafür vom Präsidenten einen Ordnungsruf, den aber Abg. Schreiber mit der Bemerkung abweist: Na, lassen Sie das, das ist keine Polizeisprache! Weiter.)

Nach kurzer Aussprache geht der Antrag an den Rechts-

### Aufhebung der sogenannten Marktändergerichte

minisier ein Antrag des Abg. Dr. Kaiser (Dem.) und Genossen. Der Antragsteller schildert die Mängel, mit der diese Marktändergerichte arbeiten. Die Urteile vermöchten nur selten eine Nachprüfung sich zu halten. Der Befehl des Richters diene dieser Maßnahme nicht. Es wird ein großer Beamtenapparat aufgezogen, der sich in der Durchführung mit Nichtigkeit zu beschäftigen hat. Durch diese Strafbestimmungen habe man in vielen Fällen der Bevölkerung das Gefühl des Schicksals unter ein Sondergericht, la außerhalb des Rechts erzeuge. Redner behauptet, daß das Justizministerium neuerdings eine Wiltierung der rigorosen Bestimmungen durchgeführt habe.

Im Anwesenheitsbesitz mit dem Antrage Kaiser werden die demotonalen Anträge über die Aufhebung der bei Schlichtung festgelegten Spanne zwischen Stroh- und Weizenpreisen betr., Aufhebung der Landespreisprüfungsstelle und auf Herabsetzung der Jahresrente für die landwirtschaftlichen Ratiere von den Antragstellern herabsetzt. Die Anträge werden ohne Aussprache an den Rechtsausschuß verwiesen. Der letzte Punkt der Tagesordnung wird abgelesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 21. Februar 1924, nachmittags 1 Uhr.

## Erhöhung der Personentarife bei der Reichsbahn.

Dresden. Die Reichsbahndirektion Dr. von Schrebi und: Die in Aussicht genommene Erhöhung der Preise der 3. und 4. Klasse um rund 36 Prozent beangstigt in der Deffentlichkeit vielfach den Einwand, daß diese Tarifierhöhung den allgemeinen Preisabau heutzutage nicht zu fördern vermag. Von der Gesamtheit der deutschen Eisenbahnen entfallen in der Zeit normaler Friedensverhältnisse 69 v. H. auf das Aufkommen im Güterverkehr und 31 v. H. auf die Einnahmen aus dem Personenverkehr. In der Nachkriegszeit verhielt sich dieses Verhältnis indessen durch teilweise Schonung des Personenverkehrs zu Ungunsten des Güterverkehrs, so daß der Anteil an den Einnahmen der Eisenbahn aus dem Güterverkehr auf etwa 25 v. H. gesunken, der aus dem Personenverkehr auf 18 v. H. zurückgegangen ist. Dieser Zustand entspricht aber den Interessen der allgemeinen Wirtschaft keineswegs und ist gerade in der heutigen Zeit des allgemeinen Preisabaus unheilvoll geworden. Denn während die Gütertarife einen unmittelbaren Einfluß auf die Preisstellung aller Produkte der gesamten Wirtschaft ausüben und somit von jedem Einzelnen der Volksgemeinschaften gleichmäßig getragen werden, genießt den Vorteil niedriger Personentarife nur der, welcher die Eisenbahn als Reisender tatsächlich benutzt und zwar in zunehmendem Maße bei häufiger Benutzung. Es werden deshalb gerade die Gütertarife nach Möglichkeit niedrig zu halten und zur Erreichung dieses Zielles bei Erhaltung der Wirtschaftlichkeit des Bahnbetriebes die Personentarife zu erhöhen sein, soweit dies in Anbetracht der allgemeinen Weltverwertung zulässig erscheint. Dies ist aber nicht ausschließlich der 3. und 4. Klasse der Fall, denn deren Preise liegen noch heute bedeutend unter dem sogenannten echten, das heißt sachlich begründeten Wertes. Auch ein Vergleich mit dem Ausland zeigt, daß die 3. Klasse bei uns billiger tarifiert wird, als in allen Ländern mit gleichen Währungsverhältnissen, während die 4. Klasse mit ihren unter den Selbstkosten liegenden Fahrpreisen von keiner anderen als gerade von der notwendigen deutschen Bahn überhaupt geführt wird. Hierzu zu vergleichen man noch den Umfang der Benutzung der verschiedenen Wagenklassen. Im Jahre 1913 wurden von allen Reisenden in Sachsen 53,6 Prozent in der 4., 42,4 Prozent in der 3., 3,8 Prozent in der 2. und 0,935 Prozent in der 1. Wagenklasse. Im Jahre 1923 aber 73,06 Prozent in der 4., 23,8 Prozent in der 3., 3 Prozent in der 2. und 0,020 Prozent in der 1. Diese Zahlen sprechen eine hinreichend deutliche Sprache. Sie lassen einmal bei der ganz geringen Einwirkung, welche die Einnahme aus der 1. und 2. Klasse auf das Gesamteinkommen nur haben kann, erkennen, daß auch eine Belastung dieser Klassen zugunsten der 3. Klasse ein Erfolg sich niemals würde erzielen lassen und sie weisen zugleich mit der in ihnen sich ausdrückenden starken Notwendigkeit in die niederen Klassen unüberlegbar darauf hin, daß es ein Verstum wäre, anzunehmen, daß die sogenannten bemittelten Klassen und die Auslandsreise übermäßig hohe Preise tragen könnten und werden. Sie zeigen damit aber endlich, daß die Beibehaltung der bisherigen ganz unzulänglichen Preise für die Einnahmen aus dem Personenverkehr ausschlag gebend für ein Unternehmen, das, wie die Reichsbahn, recht wirtschaftlich nur auf die eigenen Einnahmen gestellt ist, eine Unmöglichkeit bedeuten würde.

Legenden und machen den Reichspräsidenten geradezu für eine Reihe von Unklarheiten verantwortlich, die in jüngster Zeit ohne besondere Notwendigkeit das deutsche Volk stark belastet haben. Es wird behauptet, daß die unzeitige Beileidungsbewegung anlässlich der Bestimmung des uns von den Franzosen geraubten Luftschiffes, daß ferner die fragwürdige Angelegenheit in Washington und daß endlich die als sehr wenig glückliche empfundenen Bemühungen des ehemaligen Volksbeauftragten Landberg nach Weigand auf die in diesen Dingen nicht glückliche Hand des Reichspräsidenten zurückzuführen sind. Auch von einer merkwürdigen Aufgabe der hiesiger in London geübten Zurückhaltung seitens des deutschen Vorkriegsleiters in gesellschaftlichen Dingen wird gesprochen. Es liegt im dringlichsten Interesse des Reichspräsidenten selbst, in allen diesen Fragen eine unangenehmste Klärung herbeizuführen. Das deutsche Volk hat ein Anrecht darauf, seinen Vertreter in jeder Beziehung rechtfertigt zu sehen.

### Scharfe Kritik

an der Politik der Reichsregierung.

Dresden. Der Bürgerausschuß für vaterländische Rundschau richtete eine Eingabe an den Reichskanzler, in der scharfe Kritik an der Politik der Reichsregierung geübt wird. Die Eingabe verlangt aufeinanderfolgend trautes, der deutschen Würde gemügendes Auftreten gegen die äußeren Feinde, rücksichtslose Streue gegen kommunistische, Wolf und Staat verderbende innere Feinde, Unterstützung aller Bestrebungen, die auf die Befreiung Deutschlands aus den Schlingen von Versailles hinstreben, Befämpfung aller Väterlandsverräter mit den kräftigsten Mitteln der Staatsgewalt, Vermeidung leiblicher Nachgiebigkeit und des Ruhrschlusses der Rücklichter auf deutsche Würde, die auch im Unglück gewahrt werden müsse. Der Eingabe ist eine Denkschrift beigelegt, die sich mit der Frage des Beamtenabbaus befaßt und in der es am Schluß heißt: Nicht gegen den Verjonalabbau an sich richten sich unsere vom Staatsinteresse geleiteten Bedenken, sondern gegen die teils schematischen, teils zu persönlichen Willkür nach geordneter Stelle sich auswirkende Art der Durchführung und gegen die unperennierbare Spitze gegen das Berufsamtentum, wodurch viele wertvolle und unversenbrachte Kräfte draugelegt werden.

## Strafmaßnahmen über Birmanens.

Neue Sanktionen.

Paris. Gonas berichtet aus Aukien, daß folgende Sanktionen aus Aukien der Birmanenser Ereignisse getroffen worden sind: 1. Die Rheinlandkommission hat einstimmig den Belagerungsstand über Birmanens und Umgegend beschlossen, 2. die Rheinlandkommission hat einstimmig die Aufhebung der Nationalistischen Vereine von Birmanens beschlossen, 3. die Urheber der Unruhen werden vor ein Kriegsgericht gestellt, 4. der Verkehr in der Nacht ist verboten, 5. der Verkehr auf den Rheinbrücken ist verboten, 6. die deutsche Polizei wird unter Befehl der Militärbehörde gestellt.

Birmanens. Nach den neuen Bestimmungen über den Verlauf der Kampfe beträgt die Zahl der Toten 19, das von 15 Separatisten und 4 Bürger von Birmanens (1 Frau, 1 Arbeiter, 1 Kräft). Außerdem liegen im Krankenhaus noch zwei Separatisten und 20 Bürger von Birmanens, die teilweise schwer verwundet sind.

Birmanens. In der Stadt herrscht Ruhe, die Nacht ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Von den im Krankenhaus liegenden Schwerverletzten sind noch zwei Separatisten und ein Einwohner gestorben; drei der Verwundeten scheiden in Lebensgefahr. — In den übrigen Gebieten der Pfalz herrscht gegenwärtig Ruhe.

Die Lage in Kaiserlautern.

Kaiserlautern. Die Separatisten errekren sich hier immer noch des Schutzes der Franzosen. Nicht nur, daß sie bei ihren Ausfahrten militärische Bedienung finden, sondern der Umstand, daß die Sonderbändler sich im dritten Stad der Bezirksamt einmischen haben, in dessen zweiten Stad sich die Büro der französischen Delegierten befinden, daß geheim ihre gewalttätige Entfernung aus der Stadt unmöglich gemacht. Wegen angeblichen Einbruchs in die Räume der Delegation ist sogar der Führer des Schungmannsaufgebots, Volkswirtschaftlicher Ratler, verhaftet worden, der gestern im Bezirksamt erschienen war, um Aufschluß über die Mißhandlungen des von den Separatisten verhafteten Gerichtsschreibers Leonhardt zu verlangen. In Wirklichkeit hatten sich die Vorgänge aber auf einem Hause des unteren Stadwerks abspielt. Auch der hiesige Polizeivorstand, Polizeirat Engmann, wurde gestern mehrere Stunden auf der Ortskommandantur festgehalten, weil angeblich die Schulden nicht geachtet haben sollten. Tatsächlich ist von den Schulden keine einseitig Schuß abgenommen worden, wohl aber sind fünf von ihnen in und vor dem Gebäude verwundet worden. Sie schwer die Polizei hier zu arbeiten hat, acht daraus hervor, daß der ganzen Schungmannschaft beim Einfall der Separatisten von den Franzosen nur sechs Revolver überlassen worden sind. Polizeirat Engmann ist heute früh wieder vor die Ortskommandantur gelassen worden. Vom Bezirksamt geht noch immer die grün-weiß-rote Fahne der Separatisten. Vom Rathaus war sie am Sonnabend untergeholt worden. Da der Stadtrat sich weigert, sie wieder hochziehen zu lassen, besetzten dies die Sonderbändler selbst. Heute ist die Fahne natürlich heruntergeholt. Die Herrschaft der Autonomie erhört sich nur noch auf das Bezirksamtsgedäude.

Die Pariser Presse zu den Vorkäufen in der Rheinpfalz.

Paris. In den französischen Morgenblättern wird ein kritische Stellung zu den Vorkäufen, die sich in der Rheinpfalz abspielten, genommen. Die meisten Blätter sind der Ansicht, daß die Zusammenkünfte in Birmanens einzeln und allein als das Ergebnis einer planmäßigen Vorbereitung durch die deutsche und teilweise auch englische Presse anzusprechen seien. Besonders stark vertritt diesen Standpunkt die „Chicago Tribune“. Das Blatt macht zumal den Hinweis, in diesem Zusammenhang bestünde eine gewisse Zweifel wird bei den kommenden Verhandlungen über die Verwertungsfrage im Rheinland, so schließt Marcelle Mann, verlust werden, die Birmanenser Vorkommnisse als Argument für den englischen Standpunkt in der Rheinfrage anzubringen. Doch wird man nicht allzulehr auf diese Argumente eingehen. (1)

### Unvermeidliche Kriegervereinzeldemokratisierung.

Paris. Auf einem Banquet ehemaliger Kriegsteilnehmer verlas Kriegsminister Maginot eine Rede Waincarés, der verhindert war. Waincarés ging zunächst auf die Enttäuschungen Frankreichs ein, die die Unterzeichnung des Friedensvertrages folgte. Der Ministerpräsident habe u. a. dann fort, wir sind auch heute noch bemüht, alle Möglichkeiten zu einer Verständigung mit unseren Feinden und sogar mit unseren früheren Erbfeinden anzunehmen. Bei den Deutschen müßten wir allerdings auf ein größeres Verständnis für eine Situation hoffen, an der wir keine Schuld haben, und die ohne Gefahr für das Vaterland und zum Nachteil für Europa nicht länger fortwähren darf. Man würde uns zum Karren humpeln, wenn man an uns das Verlangen stellte, wir sollen für Deutschland bezahlen. Ich bin der Ansicht, daß Deutschland auf jeden Fall zur Reparation des von ihm angerichteten Schadens verpflichtet werde.

### Aus der französischen Kammer.

Paris. Die Kammer lehnte gestern den Antrag Turcol über die Abtrennung des Art. 3 betreffend die 20 Prozentige Steuererhöhung, nachdem die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 301 gegen 212 Stimmen ab. In der Debatte vor der Abstimmung wandte sich Finanzminister de Vallée gegen den Antrag Turcol, indem er die Notwendigkeit neuer Opfer der französischen Steuerzahler mit dem Verhalten Deutschlands begründete. Nachdem noch Abg. Foriot seinen Antrag verteidigt hatte, den Rotenurnauf auf 35 Milliarden herabzusetzen und am 1. August 1924, wenn der Ertrag der 20 Prozentigen Steuererhöhung nicht 5 Milliarden betrage, eine Staatslotterie zu veranstalten, vertaote sich die Kammer auf heute.

## Die Amtsdauer des Reichspräsidenten.

W. R. Entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung ist dem Reichspräsidenten Ebert durch ein Ausnahmengesetz des Reichstages seine Amtsdauer verlängert worden. Man hatte bis zu dem Zeitpunkt, in dem diese Verlängerung Gesetz wurde, auch in nichtsozialistischen Kreisen das Gefühl, daß der Reichspräsident seine durchaus nicht nur im repräsentativen Sinne sehr bedeutende Stellung mit Takt und Zurückhaltung bekleidet. Dieses Gefühl wurde bereits anlässlich der Vorgänge, die mit den letzten Regierungskrisen zusammenhängen, getrübt. Nun richtet eine Anzahl angelegener zeitlichweiser Zeitungen Vorwürfe gegen die Verlon des Reichspräsidenten, die durchaus nicht so leicht ab abzumun sind, wie dies von dem Reichspräsidenten nabefehender publizistischer Seite bisher beliebt ist. Die genannten Vorwürfe richteten sich gegen eine angeblich sehr persönliche Politik in auswärtigen An-

# Der Bericht der Sachverständigen.

Berlin. Nach dem Bericht der Sachverständigen im Reichsamt für die Reparation...

Entgegen vielen anders lautenden Meinungen werden die Reparationsarbeiten als kleinerer konträrer Gegenstand über die von ihnen geschätzte Leistungsfähigkeit Deutschlands angesehen.

Zur Errichtung der Goldnotenbank erließ die Reichsregierung ein Gesetz...

## Die Goldnotenbank als Reparationsbank.

Berlin. Die der 'Vorwärts' über den Inhalt des Goldnotenbank-Projektes...

## Der bayerische Landtag gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

München. Das Plenum des Landtages nimmt gestern über die Anträge...

## Die deutsche Denkschrift in Brüssel.

Paris. Der Brüsseler Korrespondent des 'Temps' meldet...

## Auf Hieselwürde.

Roman von Fritz Vandier.

37. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Renate von Croening war der grausamen Waise Leben, die sie in entsetzlicher Einsamkeit...

Was sie restlos bestrebt in der Ausübung ihres nach kurzem Entscheiden erwählten Berufes...

Und die Sonne war ja dem schmalen Streifen grünen Landes nicht etwas ganz Fremdes...

oder erneuert gefasst, Änderungen des Befehlsregimes im Ruhrgebiet...

## Griechenland verweigert die Abrüstung.

Athen. Die Regierung hat 5 Milliarden Drachmen für den Kauf neuer Geschütze...

## Politische Tagesübersicht.

Die Strafverfahren gegen die Damburger Unruhestifter...

Uchitunden tags-Abstimmung in der Schweiz. Am 17. Februar findet in der Schweiz eine Volksabstimmung über die Frage der Beibehaltung...

## Zum Pfalz- und Rheintag!

Von Georg Gollwitzer-Ludwigshafen, W. d. R.

Wir werden als Volk nur etwas bedeuten, wenn wir über die Bande der Sprache und Rasse...

Das liegt die geschichtliche Bedeutung und das Trübende unserer Zeit...

Den Franzosen droht die Pfalz trotz des vorgehenden Aufstandes...

wirken sollte, weil das Ausland zum großen Teil den Anforderungen nicht nachgegeben hat...

Politischer Sammelport. Einige Berliner Blätter hatten bemängelt, daß in dem Denkschrift des Reichsamt für die Reparation...

Die Beamtenaktion im Gebietsbereich. Wie die Z. M. erzählt, fand gestern eine Besprechung der Beamtenorganisationen statt...

Lohnregelung im Bergbau. Bei den gestrigen Lohnverhandlungen im Reichsbergbauamt...

Einführung der Arbeitspflicht in Bayern. Der Generalstaatskommissar hat den beteiligten Staatsministerien einen Gesetzentwurf...

Die Sammlung der Wiener Kaufmannschaft für die Deutschlandhilfe hat 300 Mil. Kronen ergeben...

Erste Schwierigkeiten der englischen Arbeiterregierung. Die Arbeiterregierung hat bereits mit den inneren Schwierigkeiten...

Eröffnung einer türkischen Flugzeuglinie mit deutschen Flugzeugen. In der Türkei ist eine Luftverkehrsgesellschaft gegründet worden...

daß sie hätte aufschreiben mögen: Ich will, — muß helm zu ihnen allen — zu dem guten Bruder, dem sie so unsagbar bitterer zugest, zu der guten Tante Malou...

Und wenn sie in sehnlichstem Heimwärtsgehören nachhins dachte, dann gütete es in heltem fürchten in ihr auf...

So war es also nötig geworden, daß sie etwas Neues begann, wenn sie das eine Zurück nicht wollte...

In einem stillen Nachmittage, als es draußen im wirbelnden Lang weisse Floten schüttete...